



Newsletter der FDP Wilhelmshaven

Mit dem Rücken zur Wand

Die finanzielle Lage der Stadt spitzt sich weiter zu. Wir haben darauf schon im Newsletter vom Juni hingewiesen. Nun sind weitere Hiobsbotschaften hinzugekommen. Nach sicheren Informationen sind die Gewinne bei GEW massiv eingebrochen und auch die Prognose für die kommenden Jahre ist mehr als beängstigend. Das ist deshalb so dramatisch, da aus den Gewinnen dort die stetig defizitären Verkehrsbetriebe und die Bäder finanziert werden. Sollte hier keine Besserung erreicht werden, müsste der städtische Haushalt die Subventionen übernehmen. Der ist jedoch ebenfalls am Limit, das Eigenkapital ist mehr oder weniger aufgezehrt, weitere Liquiditätshilfen an das Klinikum sind absehbar, wegen der aufgenommenen lang- und kurzfristigen Kredite steigen auch die entsprechenden Zinsen. Bisher sind keine Vorschläge aus Politik und Verwaltung bekannt, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Im Gegenteil: gerade hat die CDU den Antrag gestellt, einen Kunstrasenplatz beim ESV zu errichten. Der neue Hafenplan weist außerdem darauf hin, dass in einigen Jahren weder Öl noch Kohle in Wilhelmshaven umgeschlagen werden würden - wo ist die Kompensation für die zu erwartenden Steuerausfälle? Die gibt es auch durch die Abwanderung einer Firma nach Sande. Gefördert durch das Land (600.000 Euro!) und beklatscht durch den örtlichen Landtagsabgeordneten, Marten Gäde. In diesem Fall auch ein Totalversagen der für die Wirtschaftsförderung zuständigen Verwaltungsstellen.

IN DIESER AUSGABE

Dramatisch Finanzlage	1
Firma weg	2
Käufer ärgern	2
Tafeln, aber nicht arbeiten	2
Schulreif oder nicht?	2
Lass' mal die Richtigen ran	3
Dicht machen!	3
Verkehrschaos?	3
Moment mal...	4

GEO-Group - weg ist sie!

Groß gefeiert: die GEO-Group verlässt Wilhelmshaven und siedelt sich in Sande an. Dazu gab es einen euphorischen Pressebericht (nicht in der WZ, dort nur Anzeige!) mit Bild, auf dem auch der mitfeiernde örtliche Landtagsabgeordnete, Marten Gäde (SPD), zu sehen war. Das Land hat diesen Umzug auch noch mit über 600.000 Euro Steuergeld gefördert und damit aber Wilhelmshaven geschwächt.

Unsere neue Ratsfraktion FDP&FW hat dazu eine Anfrage gestellt und wir mussten erkennen, dass die Verwaltung die Sache verbockt hat. Es gab nämlich eine Anfrage der Firma nach einem neuen Grundstück (bisher im Gewerbezentrum Kutterstraße), um sich zu erweitern. Dem wurde aber nur halbherzig nachgegangen, indem zwei Grundstücke angeboten wurden. Man hörte nichts mehr von der Firma, verfolgte die Sache aber auch nicht weiter, was ja wohl Aufgabe einer aktiven Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik gewesen wäre. Hoffentlich ist dieser Vorgang ein Weckruf an unsere teure Wirtschaftsförderungsgesellschaft, sich auch um die Bestandskunden zu kümmern und nicht nur die „Zukunftsprojekte“ zu verfolgen.

Passt dazu

Seit Monaten eiern Rat und Verwaltung herum: es geht um den Verkauf eines ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebes im Bereich Antonslust. Es gibt nur einen einzigen Bewerber für das stark sanierungsbedürftige Ensemble.

Der Unternehmer hat ein Grobkonzept vorgelegt, wie es damit weiter gehen soll. Dass passte zunächst CDU-Mandant nicht, sie wollte lieber eine soziale Einrichtung. Dann fand die SPD den gebotenen Preis zu niedrig (Bodenrichtwert sei höher) und natürlich musste auch noch „Gemeinsam Bunt“ ihren ähnlich schmeckenden Senf dazu geben. Am Ende der sich anbahnenden Tragödie zog der OB seine Vorlage auch noch zurück und will nur erst einmal ein Gutachten abwarten, um den Wert zu ermitteln.

Mal sehen, wie lange der Unternehmer diese Spielchen noch mitmacht!

Dabei ist die Sache ganz einfach: vor Jahren schon hat der Rat beschlossen, dass alle nicht notwendigen Grundstücke der Stadt verkauft werden sollen. Der Verkaufspreis wird am Markt ermittelt (so ist die Forderung im § 125 NKomVG) und da es nur einen Bieter gibt, ist die Sache glasklar - nur nicht für alle.

An den Tafeln tafeln

Von den sogenannten Tafeln kann man halten, was man will. Die einen meinen, man tue damit ein gutes Werk, weil die „Armen“ dadurch eine Unterstützung erhielten und gleichzeitig Lebensmittel nicht weggeworfen würden.

Die anderen halten eine derartige Armut in Deutschland für unwahrscheinlich und die Sache eher als Hindernis, eine Arbeit aufzunehmen und rechtzeitig für eine ausreichende Rente zu sorgen.

Wie auch immer: mal wieder wurde beklagt, dass es zu wenige Helfer für die Organisation rund um die Tafeln gäbe. Was sieht man: meist „bürgerliche“ Menschen, oft Frauen, die sich sozial engagieren wollen. Und wo sind die „Betroffenen“? Warum sind diese, oft doch im erwerbsfähigen Zustand, nicht bereit, selbst mitzuwirken, als Fahrer, Lagerhelfer und an der Ausgabe? Diese Klientel meint wohl, es sei Aufgabe der mehr oder weniger wohl situierten Bürger, ihnen kostenlos und ohne eigenen Zutun zu helfen.

Das fördert die Unselbständigkeit und die Passivität. Dabei wären Aktivierung und Mithilfe das Gebot der Stunde.

Das gesamte Projekt gehört auf den Prüfstand!

Schulreife?

Seit Jahren sind die negativen Ergebnisse der Untersuchungen des Gesundheitsamtes auf Schulreife von Kindern nach dem Kindergarten erschreckend hoch. Die Zahl der nicht-schulreifen Kinder schwankt um die 40%. Allerdings gibt es Streit um die Interpretation. Denn nur, wenn die Eltern eine „Zurückstellung“ ihrer Kinder befürworten bzw. beantragen, stehen die tatsächlichen Zahlen fest. Und die liegen derzeit hier bei ca. 14,3% - immer noch viel zu viel.

Nun machte sich die WIN/WBV auf den Weg, um diesen Missstand zu beheben und stellte einen entsprechenden Antrag im Rat bzw. zuvor in einigen Ausschüssen. Erstaunlich: Jugendamtsleiter und im Rat auch der OB begrüßten diesen Antrag nachdrücklich. Ja, warum hat sich die Verwaltung denn nicht längst darum gekümmert und die angeblich vorhandenen Fördermöglichkeiten identifiziert, geprüft und umgesetzt? Der OB wies darauf hin, dass vor Jahren schon einmal ein Vorstoß - in etwas anderer Richtung - ge-



Übertragung der Ratssitzungen ab sofort bei Radio-Jade bzw. YouTube - und dann auf der Seite der Stadt ([Audio-Übertragung von Ratssitzungen \(wilhelmshaven.de\)](https://www.wilhelmshaven.de)) **Achtung: 6 Liter Kaffee nötig!**

macht wurde - auf Initiative der damaligen FDP-Fraktion mit dem Titel „Jedes Kind hat einen Schulabschluss“. Daraus wurde nichts, weil angeblich das Geld fehlte.

Feist erklärte, dass es wahrscheinlich weiterer Mittel zur Erstellung eines solchen Programms bedürfe (warum eigentlich, ist das recht große Jugendamt und das Schulamt nicht in der Lage, Förder- und Unterstützungsmaßnahmen selbst zu identifizieren?), es sei aber sinnvoll, diese einzusetzen, um mittel- bis langfristig Sozialkosten zu sparen (abgesehen davon: es muss auch um die Menschen gehen, denen ein selbstgestaltetes Leben ermöglicht werden kann!!). Der aktuelle Schulentwicklungsplan gibt zu dem Thema „Schulreife“ keinerlei Hinweise und macht keine Vorschläge, er beschränkt sich auf die „Hardware“.

Wir haben immer erklärt: ohne langfristige Strategien - und die fangen im Kindergarten an - wird es nicht gelingen, die hohe Arbeitslosigkeit und die enormen Sozialkosten zu senken. Ein Vorstoß also in die richtige Richtung - allerdings längst überfällig.

So geht's!

Innerhalb von neun Monaten hat ein Unternehmer einen neuen Kindergarten an der Friedenstraße errichtet - es geht also, wenn man die „Richtigen“ ranlässt. Sollte Vorbild für weitere Projekte sein.

Oh, die Bösen!

Wenn es um die Privatisierung von Kliniken geht, kommt ja meist sofort die Behauptung, diese würden nur noch gewinnbringende Leistungen anbieten und alle anderen Abteilungen dichtmachen. Abgesehen davon, dass dies nachweislich Unsinn ist, da es einen Sicherstellungsauftrag gibt und die Kommune natürlich bei einem Verkauf entsprechende Vereinbarungen treffen kann, machen die kommunalen Träger genau das, was sie den „Privaten“ immer vorwerfen: Sie schließen nicht-rentable oder schwer defizitäre Einrichtungen.

Jüngstes Beispiel: die Urologie am Klinikum Wilhelmshaven. Natürlich gibt es gleich Bestrebungen, hier einen Ausgleich zu schaffen, entsprechend fordert die WBV die Verwaltung auf, sich um eine ausreichende Notfallversorgung zu kümmern. Dabei dürften die bestehenden Kliniken in Westerstede und Oldenburg sowie die niedergelassenen Urologen im Stande sein, den Bedarf zu decken.

Und es gibt weitere Beispiele dafür, dass auch Kommunen defizitäre Einrichtungen schließen: vor Jahren: Sophienstift Jever (Geburtshilfe!), Krankenhaus Osterforde, Frauenheilkunde Sanderbusch, Schließung Krankenhaus Norden, wahrscheinliche Schließung Krankenhaus Varel, Frauenheilkunde nur noch in Aurich, Neurologie nur noch in Emden.

Sollen die Kosten nicht ins Uferlose steigen, müssen auch die Kommunen betriebswirtschaftlich handeln. Gern aber gaukelt man den Bürgern vor, alles sei mach- und bezahlbar. Ehrlichkeit wäre hier angebracht und das privat geführte Krankenhaus endlich objektiv zu betrachten!

Verkehrschao?

Taffe Bürger und der Bürgerverein Südstadt beklagen, dass in der östlichen Südstadt unerträgliche Zustände herrschten: zu schnelles Fahren, Lärm.

Dies ist zunächst einmal ein subjektives Empfinden. Fakten fehlen. Aber natürlich machten sich sogleich einige Ratsfraktionen auf, mittels Antrag an die Verwaltung,

die ja wenig bis nichts zu tun hat, zu beauftragen, ein Konzept zur Beruhigung der Lage zu entwickeln. Allerdings mit der Maßgabe, die vom Bürgerverein gemachten Vorschläge „weitgehend“ zu berücksichtigen. Und diese sehen vor, Rhein- und Weserstraße jeweils in Einbahnstraßen umzuwandeln, bestimmte Bereiche als verkehrsberuhigt zu gestalten und daneben ein neues Radverkehrskonzept dort und an der Straße „Südstrand“ umzusetzen.

Leider scheiterte ein Änderungsantrag der FDP&FW, der forderte, zunächst einmal die Fakten durch Verwaltung und Polizei zu erheben, bevor weitgehende und zum Teil völlig undurchdachte Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

So wäre die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen - sprich: Spielstraßen mit Schrittempo! - rund um die KW-Brücke natürlich absoluter Unsinn. Wie soll der Verkehr mit einem derartigen Tempo bewältigt werden? Bei

Schrittempo könnten sich die „Rotphasen“ z.B. an der KW-Brücke wohl erheblich ausdehnen - weniger Lärm, mehr Umweltschutz? Auch eine Einbahnstraßenregelung würde nur eine Verlagerung von Verkehren mit sich bringen, z.B. wäre die Weserstraße stärker belastet als bisher. Und was ist mit den Bürgern, die heute von der Virchowstraße in die Weserstraße zu ihren Wohnungen gelangen? Die müssten erhebliche Umwege auf sich nehmen, sicherlich einer Verkehrsberuhigung nicht dienlich.

Und ein Radweg an der Nordseite der Straße „Südstrand“? Auch nicht machbar, da schon der Bürgersteig viel zu schmal ist, um auch Radler aufzunehmen.

Es wäre hier - wie auch an anderer Stelle - gut, erst einmal die Fakten zu prüfen und dann loszuschlagen!

Moment mal...

Ein Einwurf von Lutz Bauermeister

...wie macht man Wörter zu Waffen.

In Berlin wird dieser Tage die „Mohrenstraße“ gegen den Willen der Anwohner-Mehrheit getilgt und umbenannt. Der Mohr hat seine 300 Jahre alte, unbeanstandete Schuldigkeit getan. Nein, besser noch, sämtliche Mohren, wie schwarzhäutige Menschen stets freundlich genannt wurden, erhalten damit heute endlich durch diese „Säuberung“ ihre Würde zurück, sagt die Bezirksregierung. Damit geht es dem Mohr wie dem Neger; Es gibt sie nicht mehr, es darf sie begrifflich gar nicht mehr geben. Das könnte man hinnehmen wie das Verschwinden von „Hochwohlgeborenen“ oder „Proletarier“. Doch liegt der Fall hier etwas anders. Die Begriffe werden nämlich von den glühenden Eifernern gegen den Kolonialismus und seine Folgen gesellschaftspolitisch toxisch aufgeladen, so dass ihre Verwendung geächtet, gesellschaftlich verboten wird.

Umgekehrt sonnt sich der Aktivist damit im Lichte eines Heilsbringers, der die Unterdrückten befreit und den bürgerlichen weißen Mann in seine Schranken weist. Das ist nichts anderes als Machtausübung mit Sprache, gnadenlos aber mit selbstgebasteltem Heiligenschein.

Das ist Bildersturm im 21. Jahrhundert und die Medien machen mit.

Ausgeblendet wird dabei, dass der selbstherrliche Einsatz für die Menschen des globalen Südens diese als unmündig herabsetzt; mentaler Kolonialismus.

Ein anderes Beispiel.

Auch „unsere Demokratie“ wird dieser Tage gern emotional aufgerüstet und als Allweckwaffe ins politische Feld geführt.

Begonnen hat es in beiden alten Griechen, die die Demokratie als Zählmethode zur Ermittlung von Herrschaft auf Zeit eingeführt haben. Frauen und Unfreie durften allerdings nicht abstimmen. Undemokratisch? Nein, die damals gültige Zählmethode sah das einfach nicht vor.

Inbegriff unserer Demokratie heute ist das Wahlrecht, nicht weniger aber auch nicht mehr. Gleichwohl werden in der heutigen politischen Debatte die Grundrechte oder andere Regelungen des sozialen Alltags als „demokratische Rechte“ tituliert. Das ist unzutreffend, denn die jeweilige, politische Ausprägung der Volksherrschaft erfolgt durch gesetzliche und sonstige Gestaltungen des Zusammenlebens unter dem Dach der Demokratie, ohne deshalb selbst die Demokratie zu verkörpern.

Noch verwegener ist die fast täglich zu beobachtende Praxis, links-grünes Gedankengut, woke politische Ansichten und den verbreiteten Mainstream-Aktivismus aller Art

als Ausdruck der wahren Demokratie zu adeln. Das ist anmaßend und zugleich ausgrenzend, gesellschaftlich spaltend. Denn wenn man diesen „demokratischen“ Selbstverherrlichungen nicht zustimmt, sie politisch sogar für abwegig hält und bekämpft, dann ist man -logisch- sofort ein Anti-Demokrat und politisches Freiwild und folglich mit Fug und Recht zum „demokratischen“ Abschuss freigegeben.

So einfach ist das!

Impressum:

FDP-Kreisverband Wilhelmshaven. Michael von Teichman, Am Neuender Busch 19, 26386 Wilhelmshaven.

Bildnachweis:

Seite 1: Wikipedia, Von Matthias Süßen - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=93996450>

Seite 3: Von Christian A. Schröder (ChristianSchd) - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42811621>